



Inhaltsverzeichnis

12.01.2026	die tageszeitung: Castor-Alarm in Sicht	3
09.01.2026	noz.de (Neue Osnabrücker Zeitung): Atommülltransporte in NRW - BUND scheidert vor Gericht	5
09.01.2026	ruhrnachrichten.de: Eilantrag abgelehnt	7
09.01.2026	waz.de (Westdeutsche Allgemeine Zeitung): Atommülltransport auf der A2 bei Bottrop? Demonstration geplant	9

Castor-Alarm in Sicht

Ein Berliner Gericht will hochradioaktive Atommülltransporte mitten durch Nordrhein-Westfalen nicht stoppen. Der BUND prüft eine Beschwerde

Der Beginn der Nordrhein-Westfalen drohenden dutzenden Castor-Transporte mit hochradioaktivem Atommüll mitten durch die Ballungsgebiete des bevölkerungsreichsten Bundeslands rückt näher: Wie am Freitag bekannt wurde, hat das Verwaltungsgericht Berlin einen Eilantrag des Bunds für Umwelt und Naturschutz (BUND) abgelehnt, mit dem die Umweltaktivist:innen den Sofortvollzug des Transports von 288.161 Brennelementen aus dem Reaktor des ehemaligen Kernforschungszentrums Jülich bei Aachen ins rund 170 Kilometer entfernte Zwischenlager Ahaus im Münsterland verhindern wollten.

In einem Beschluss vom 8. Januar kommt die 10. Kammer des Gerichts zu dem Urteil, dass der BUND gegen das in Berlin ansässige, SPD-Bundesumweltminister Carsten Schneider unterstehende Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) „nicht antragsbefugt“ sei: Der Umweltverband könne juristisch nur gegen ein „anlagebezogenes Vorhaben“, nicht jedoch gegen einen „vorübergehenden Transportvorgang“ vorgehen – habe im konkreten Fall also kein Verbandsklagerecht.

„Für uns ist der Gerichtsbeschluss in keiner Weise nachvollziehbar“, erklärte dazu die stellvertretende Landesvorsitzende des BUND in NRW, Kerstin Ciesla. Schließlich halte das Gericht die „Erfolgsaussichten eines etwaigen Hauptverfahrens für offen“.

Im Klartext bedeute das: „Es kann zwar sein, dass der BUND Recht hat – doch der Zugang zu einer umfangreichen Prüfung der Transportgenehmigung soll uns nicht gewährt werden“, ärgert sich Ciesla. Über eine zugelassene Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg werde der Umweltverband innerhalb der gesetzten Zweiwochenfrist entscheiden, sagte Ciesla der taz.

Schließlich warnen Atomkraftgegner:innen schon seit Jahren, der Transport der knapp 300.000 hochradioaktiven Brennelementen aus dem Jülicher Hochtemperatur-Kugelhaufenreaktor sei nicht nur „gefährlich“, sondern auch „unnötig“. Denn angeordnet wegen angeblicher Erdbebengefahr in Jülich wurde die Verlagerung des Atommülls schon 2013 – doch mindestens seit 2022 ist auch dem BASE klar, dass diese Gefahr überhaupt nicht existiert.

Außerdem sei der Standort Ahaus nicht nur unzureichend etwa gegen Flugzeugabstürze oder mögliche Terroranschläge geschützt, sondern verfüge auch nur bis 2036 über eine Betriebsgenehmigung. Dennoch stimmte der Bundestag am 18. Dezember gegen einen Antrag der Linken, der die Castor-Fahrten verhindern wollte: Abgeordnete von Union, SPD und AfD votierten mit Nein, die Grünen enthielten sich lediglich.

„Ein Lehrstück in Sachen politischer Verantwortungslosigkeit“ seien die drohenden Transporte, sagt dazu der atompolitische Sprecher der Linken in

NRW, Hubertus Zdebel. „Nicht Sicherheit, sondern Kosten“ stünden im Vordergrund. Schließlich habe 2022 die damals im Bund regierende Ampel aus SPD, Grünen und FDP beschlossen, dass „der Transport nach Ahaus als kostengünstigere Variante zu bevorzugen wäre“. Falls die schwarz-grüne NRW-Landesregierung wie in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart die „Minimierung von Atomtransporten“ umsetzen und „die Option eines Neubaus eines Zwischenlagers in Jülich vorantreiben“ wolle, müsse sie dafür auch die gesamten Kosten tragen, lautete die Linie der Ampel. Die lägen wohl im dreistelligen Millionenbereich – und werden von CDU-Ministerpräsident Hendrik Wüst offenbar ebenso gescheut wie von seiner für die Atomaufsicht zuständigen grünen Stellvertreterin, Wirtschaftsministerin Mona Neubaur.

Dabei blicken nicht nur Atomkraftgegner:innen skeptisch auf die Transporte: Auch der Chef der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in NRW, Patrick Schlüter, hält die Pläne schlicht für „Wahnsinn“ mit „Folgen für die Sicherheit im Land“ – schließlich gelten die Castoren als mögliche Angriffsziele. „Spätestens wenn der erste Castor rollt, ist ein Rücktritt Neubaus überfällig“, sagt deshalb der Linke Zdebel schon heute. Auch die Anti-Atom-Bewegung mobilisiert: Am Samstag, den 24. Januar, ist um 11 Uhr eine Demonstration mitten an der Transportstrecke geplant – am Autobahnrasthof Bottrop an der A2, die zu den meistbefahrenen Straßen Deutschlands gehört.

Wörter:	551	Jahrgang:	2026
Autor/-in:	Von Andreas Wyputta	Nummer:	20260112
Seite:	8 bis 8	Ausgabe:	Einzelausgabe
Rubrik:	wirtschaft + umwelt	Auflage ¹ :	26.122 (gedruckt)
Medienkanal:	PRINT		47.587 (verkauft)
Mediengattung:	Tageszeitung		49.527 (verbreitet)
Medientyp:	PRINT	Reichweite ² :	0,33159 (in Mio)

¹Verlag 10/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen

Kernkraft

Atommülltransporte in NRW - BUND scheitert vor Gericht

Die Genehmigung für den Transport von Atommüll quer durch NRW liegt seit Monaten vor. Ein Gericht räumt zwar eine Hürde aus dem Weg. Der Streit dürfte aber weitergehen.

Im juristischen Tauziehen um die Atommülltransporte vom rheinischen Jülich ins Zwischenlager Ahaus im Münsterland quer durch Nordrhein-Westfalen sind Gegner vor Gericht zunächst gescheitert. Das Berliner Verwaltungsgericht hat einen Eilantrag der Umweltschutzorganisation BUND Nordrhein-Westfalen zurückgewiesen, wie ein Gerichtssprecher mitteilte. (Az.: VG 10 L 474/25)

Nach Gerichtsangaben war der Antrag bereits aus formellen Gründen unzulässig. Aber auch inhaltlich hatte er keinen Erfolg: Die vom BUND kritisierte Risikobewertung des Transportes liege vorrangig in der Verantwortung der Sicherheitsbehörden. Das Gericht könne daher nur überprüfen, ob die Datenbasis dafür ausreichend sei und dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik Rechnung, hieß es.

In dem Verfahren ging es um die Frage, ob der Transport von 152 Castor-Behältern mit hochradioaktivem Material wie genehmigt sofort vollzogen werden darf. Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung sieht durch die Gerichtsentscheidung seine Prüfung bestätigt. „Das BASE hält fest, dass die Genehmigung die relevanten Sicherheitsaspekte hinreichend berücksichtigt und das öffentliche Interesse, der komplexe Planungsprozess sowie die erheblichen finanziellen Aufwendungen“, teilte die Behörde mit.

Beschwerde möglich

Der Streit kann noch in die nächste Instanz gehen. Eine aufschiebende Wirkung hätte es aber nicht, wenn sich das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit der Sache befassen muss. Die Berliner Gerichte sind zuständig, weil das Bundesamt in Berlin sitzt.

Nach Ansicht des BUND ist der Transport des Atommülls nicht hinreichend sicher, die Verlagerung nach Ahaus bringt seiner Meinung nach keinen Sicherheitsgewinn. Mit dem Antrag wollte der BUND die aufschiebende Wirkung seines Widerspruches gegen die Genehmigung des Transportes durch das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung wiederherstellen.

Kleine Konvois auf der Straße wahrscheinlich

Auf der gut 170 Kilometer langen Strecke sollen rund 300.000 Brennelemente-Kugeln aus einem früheren Versuchsreaktor in Jülich transportiert werden. Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung hat die umstrittenen Atommülltransporte durch NRW am 25. August 2025 genehmigt. Es wurden 152 Einzeltransporte beantragt, die aber gebündelt werden könnten. Es gibt demnach vier Transportfahrzeuge, die je einen Behälter aufnehmen können. Realistisch ist, dass jeweils zwei oder drei Fahrzeuge beladen auf die Strecke gehen und ein viertes als Ersatz ohne Atommüll den Transport begleitet.

Einer der größten Transporte seit Jahrzehnten

Das Verlagern des Atommülls auf der Straße quer in NRW wird sich demzufolge über einen längeren Zeitraum in jeweils kleinen Konvois erstrecken. Für den Schutz zu erwartenden klei-

nen Konvois werden zahlreiche Polizisten im Einsatz sein. In der Summe von 152 Castor-Behandlern handelt es sich um einen der größten Atommülltransporte auf der Straße seit Jahrzehnten.

Die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen wollte ursprünglich noch im Jahr 2025 mit den Transporten beginnen. Sie ist die Betreiberin des Zwischenlagers Jülich und die Auftraggeberin der Transporte. Es sollte dann aber die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin abgewartet werden. Für die aufwendigen Transporte ist eine umfangreiche Vorbereitung erforderlich. Zahlreiche Polizisten werden für den Schutz der Konvois im Einsatz sein.

Jülicher Reaktor im Rückbau

In Jülich befanden sich ein Versuchs- sowie auch zwei Forschungsreaktoren. Die etwa Tennisball-großen Brennelemente-Kugeln werden bislang in einem Zwischenlager in Jülich aufbewahrt. Für die Lagerung in Jülich lief die letzte Betriebsgenehmigung jedoch bereits vor mehr als zehn Jahren im Jahr 2013 aus. Geprüft wurde auch der Neubau eines Zwischenlagers in Jülich.

Der Versuchsreaktor in Jülich war von 1967 bis 1988 in Betrieb und befindet sich wie der zweite Forschungsreaktor mitten in einem jahrelangen Rückbau. Der erste Forschungsreaktor ist bereits bis 2009 zurückgebaut worden. Die Brennstäbe der Forschungsreaktoren sind seit geraumer Zeit nicht vor Ort.

Zwischenlager Ahaus

Für das Zwischenlager Ahaus ist die bundeseigene BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung zuständig. Sie über-

nimmt die Verantwortung für die Behälter, wenn sie die Eingangsschleuse zum Zwischenlager erreicht haben.

Für das Zwischenlager gilt eine Genehmigung zur Aufbewahrung abgebrannter Brennelemente aus Leichtwasserreaktoren sowie bestrahlter Kugelbrennelemente aus dem ehemaligen Thorium-Hochtemperatur-Reaktor in Hamm aus dem Jahr 1987. Die ist rechtskräftig und bis zum 31. Dezember 2036 gültig.

Auch gegen die Einlagerung der 152 Castorbehälter aus Jülich hatten Anwohner und die Stadt Ahaus vor dem NRW-Oberverwaltungsgericht geklagt. Im Dezember 2024 hatte das Gericht die Erweiterung abgesegnet. Beobachter gehen davon aus, dass die Genehmigungen wegen des fehlenden Endlagers in Deutschland verlängern wird.

Wie der Name schon sagt, soll in Ahaus Atom Müll zwischengelagert werden, bis es in Deutschland ein Endlager gibt. Die Suche nach dem Standort läuft. Zuletzt hatte das OVG zu dieser Frage scharfe Kritik an der Politik geübt. Der Vorsitzende Richter sprach bei seinem Urteil im Jahr 2024 von Politikversagen.

Man habe sich für die Atomkraft entschieden, ohne zu regeln, was mit dem Atom Müll passiert.

Zwischen Stadt und Autobahn A31

Das Zwischenlager liegt zwischen der Innenstadt von Ahaus und der Autobahn A31 (Bottrop-Emden) auf einem freien Gelände. Die eigentliche Lagerhalle ist nochmals geteilt. Auf der westlichen Seite wird schwachradioaktiver Abfall in kleineren Behältern gelagert, auf der Ostseite stehen die deutlich größeren gelben und blauen Castorbehälter. Hier wird das Material aus Jülich seinen Platz finden.

Die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen will nach früheren Äußerungen noch in diesem Jahr mit den Transporten beginnen. Sie ist die Betreiberin des Zwischenlagers Jülich und Auftraggeberin der Transporte.

Auf der gut 170 Kilometer langen Strecke sollen insgesamt rund 300.000 Brennelemente-Kugeln aus einem früheren Versuchsreaktor Jülich transportiert werden. Das Verlagern des Atom mülls in NRW wird sich über einen längeren Zeitraum erstrecken. In der Sum-

me von 152 Castor-Behälter handelt es sich um einen der größten Atom mülltransporte auf der Straße seit Jahrzehnten.

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung hatte die umstrittenen Atom mülltransporte durch NRW am 25. August genehmigt. Nach früheren Angaben des Bundesamtes wurden 152 Einzeltransporte beantragt, die aber gebündelt werden könnten. Es gibt demnach vier geeignete Transportfahrzeuge, die je einen Behälter auf einmal transportieren könnten.

In Jülich befanden sich ein Versuchs- und zwei Forschungsreaktoren. Die etwa Tennisball-großen Brennelemente-Kugeln, die derzeit in einem Zwischenlager in Jülich aufbewahrt werden, stammen aus dem Versuchsreaktor. Er war von 1967 bis 1988 in Betrieb und befindet sich wie der zweite Forschungsreaktor mitten im jahrelangen Rückbau. Der erste Forschungsreaktor ist bereits zurückgebaut. Die Brennstäbe der Forschungsreaktoren sind seit geraumer Zeit nicht vor Ort.

Wörter:	991	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	dpa https://www.noz.de/kontakt/autor/dpa-20001102	Visits (VpD) ¹ : Unique Users (UUpD) ² :	291.537 49.000
Rubrik:	Nordrhein-Westfalen		
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		
Weblink:	https://www.noz.de/deutschland-welt/nordrhein-westfalen/artikel/atommuelltransporte-in-nrw-bund-scheitert-vor-gericht-49734024		
	¹ von PMG gewichtet 11-2025		
	² gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+		

Eilantrag abgelehnt

Castoren aus Jülich dürfen nach Ahaus kommen

Die 152 Castoren aus Jülich dürfen weiter nach Ahaus geliefert werden. Das Verwaltungsgericht Berlin hat am Freitag einen Eilantrag des BUND abgelehnt.

Das Bundesamt für die Sicherheit in der Nuklearen Entsorgung (BASE) hat am Freitag (9. Januar) als erstes die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin kommentiert: „Wir begrüßen die Ablehnung des Antrags durch das Verwaltungsgericht Berlin. Die Experten unseres Hauses haben die Transporte ausführlich in Bezug auf die gesetzlichen Vorgaben geprüft. Diese Einschätzung wurde durch das Gericht nun bestätigt“, wird BASE-Präsident Christian Kühn in einer Mitteilung zitiert.

Gericht lehnt Antrag ab

Das Verwaltungsgericht Berlin hatte am Freitag den Antrag des BUND NRW abgelehnt. Mit dem Antrag hatte die Umweltschutzorganisation die Castortransporte aus Jülich nach Ahaus im letzten Moment noch verhindern wollen.

Das BASE betont in seiner Mitteilung, dass die Genehmigung die relevanten Sicherheitsaspekte hinreichend berücksichtige und das öffentliche Interesse, der komplexe Planungsprozess sowie die erheblichen finanziellen Aufwendungen der öffentlichen Hand den sofortigen Vollzug der Transporte rechtfertigen.

Genau das sehen die Gegner der Transporte weiterhin anders.

Kerstin Ciesla, BUND NRW, kann am Freitag ad hoc noch nicht viel zu der Entscheidung sagen. „Uns liegt das 28-seitige Dokument mit der Entscheidung des Gerichts vor“, sagt sie. Ab Zustellung habe der BUND nun 14 Tage Zeit, um darauf zu reagieren. „Wir prüfen nun in Ruhe den Beschluss im Eilverfahren und entscheiden dann, ob wir noch weitere Schritte einleiten“, erklärt sie am Freitagmittag gegenüber unserer Redaktion.

Für Jörg Kriewel, Pressesprecher der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN), ist die Entscheidung keine große Überraschung. „Damit hatten wir gerechnet“, sagt er. Auch die JEN nehme die Entscheidung natürlich erfreut zur Kenntnis.

Vorbereitung für Transporte geht weiter

Die Vorbereitung für die Transporte gehe nun weiter. Dabei könne er nicht sagen, wann ein erster Schwerlast mit einem der 152 Castorbehälter auf die Strecke nach Ahaus gehe. „Es gibt keinen festen Termin“, sagt er. Selbst wenn es den gäbe, dürfte er ihn vorab nicht nennen. Er ist Verschlussache.

Die BI „Kein Atommüll in Ahaus“ sieht die Ablehnung des Eilantrags sehr kritisch. Selbst wenn die Entscheidung

rechtlich so möglich sei, hält Hartmut Liebermann sie weiter für nicht geboten. Es handele sich um eine politische Frage. Die Transporte kritisiert er weiter scharf. Der Kostenvergleich zwischen den Transporten und dem Neubau eines Lagers sei schlicht unseriös, weil nicht alle Kosten verglichen würden.

Dass bei der Entscheidung für oder gegen Transporte überhaupt die Finanzfrage an erster Stelle stehe, sei höchst fragwürdig. „An erster Stelle müsste die Sicherheit stehen“, sagt Hartmut Liebermann von der Ahauser BI. „Wir fordern weiter eine angemessene Lagerung des Atommülls Jülich“, sagt er. Das Forschungszentrum in Jülich sei verantwortlich für den Atommüll. „Und dort wurde alles getan, um den Neubau eines Zwischenlagers zu verhindern“, sagt er.

Ohne Frage sei der Neubau eines Lagers vor Ort in Jülich und ein Verzicht auf 152 Transporte die sicherere Alternative. Doch die sei durch die JEN schlicht nicht verfolgt worden. Daher ist es für ihn eindeutig eine politische Frage, ob die Transporte rollen oder nicht. Juristisch sieht er alle Mittel ausgeschöpft – abgesehen von möglichen Schritten, die der BUND jetzt noch gehen könnte.

Wörter:	524	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Stephan Rape https://www.ruhrnachrichten.de/author/stephan-rape/	Visits (VpD) ¹ :	336.292
Rubrik:	Ahaus		
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		
Weblink:	https://www.ruhrnachrichten.de/ahaus/castortransporte-gericht-erlaubt-lieferung-von-juelich-nach-ahaus-w1135216-2001933620/		
	¹ von PMG gewichtet 11-2025		

152 Behälter

Atommülltransport auf der A2 bei Bottrop? Demonstration geplant

In Bottrop wollen Anti-Atomkraft-Initiativen gegen mögliche Castor-Transporte auf der A2 nach Ahaus demonstrieren. Es geht um 152 Behälter mit Atommüll aus Jülich.

Carsten Liebfried

Anti-Atomkraft-Initiativen wollen in Bottrop gegen einen möglichen Atommülltransport aus dem Zwischenlager Jülich nach Ahaus demonstrieren.

Die Organisatoren rechnen damit, dass ein Transport über die A2 entlang von Bottrop bis ins Münsterland stattfinden wird, und zwar vorbei am Autobahn-Rasthof Bottrop-Süd.

Bottrop-Newsletter: [hier gratis abonnieren](#) | An dieser Stelle finden Sie alle [Blaulicht-Nachrichten aus Bottrop](#) | Sie finden die Lokalredaktion Bottrop auch bei [Instagram](#) | [Hier gibt's die aktuellen Bottrop-Nachrichten](#) bei [WhatsApp](#) | [Folgen Sie uns auch auf Facebook](#) | [Alle Artikel aus Bottrop](#)]

„Der Rasthof liegt auf halber Strecke der 170 Kilometer langen Castor-Route von Jülich nach Ahaus und direkt an der Autobahn-Großbaustelle zwischen Oberhausen und Bottrop. Dies ist ein offensichtliches Sicherheits-Nadelöhr für die Atommülltransporte“, so die Organisatoren in einer Pressemitteilung.

Die Demonstration ist am Samstag, 24. Januar, um 11 Uhr. Der Treffpunkt ist bewusst gewählt an der Kreuzung Hanielstraße/ Oberhausener Straße. Oder für Ortskundige: [nahe des Pflanzenlagers des Toom-Baumarktes](#) und somit ganz in der Nähe des Autobahn-Rasthofes und der Stadtgrenze Oberhausen.

Noch ist unklar, ob es zu einem Castor-Transport kommt. Die Genehmigung selbst ist vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) jedoch bereits erteilt worden.

Doch der umstrittene Transport von Atommüll aus Jülich nach Ahaus ist bisher nicht gestartet. Das Verwaltungsgericht Berlin muss noch über einen Eilantrag des BUND entscheiden. Gerechnet wird mit einer Entscheidung im Januar dieses Jahres.

Im August 2025 teilte das BASE in einer Pressemitteilung mit, dass es sich um 152 Behälter handelt . „In den Behältern werden rund 300.000 Brennelement-Kugeln aus dem früheren Versuchsreaktor in Jülich aufbewahrt“, hieß es weiter. Diese Behälter sollen in das Brennelemente-Zwischenlager nach Ahaus befördert werden.

Das Zwischenlager in Jülich wurde auf Basis einer bis 2013 befristeten Genehmigung betrieben. Der Atommüll soll mit dem Standort Ahaus an einen sicheren Platz gebracht werden.

Castor-Transport: Gericht entscheidet über Eilantrag des BUND

Weiter wurde erklärt: „Die Beförderungsgenehmigung ist befristet bis zum 31. August 2027 und wurde auf Antrag der Genehmigungsinhaberin unter Sofortvollzug gestellt.“

Doch der BUND grätschte mit seinem Eilantrag dazwischen. Die Organisatoren der Demo in Bottrop warten jetzt

mit Spannung auf die Entscheidung des Berliner Verwaltungsgerichts. Denn sie haben die Sorge, „dass Bundes- und Landesregierung womöglich noch mitten im Winter – auch bei Glatteis, Schnee und Nebel – die ersten hochriskanten Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus fahren lassen.“

Initiativen fordern Verbleib von Atommüll in Jülich bis zu Endlager-Lösung

„Wir wollen keine Leute verunsichern, sondern wir wollen aufklären“, sagt Peter Bastian vom „Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen“ gegenüber der Redaktion.

Das Bündnis engagiert sich gemeinsam mit der Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“, dem Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ Jülich, Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster, BUND NRW und Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) gegen den Transport.

„Wir fordern weiterhin, dass der hochradioaktive Atommüll in Jülich so lange gelagert wird, bis es endlich ein sicheres Endlager gibt“, sagt Peter Bastian.

„Die Anzeige der Versammlung liegt uns vor“, bestätigt ein Sprecher der Polizei auf Nachfrage der Redaktion. Die Demo beginnt um 11 Uhr und soll bis 15 Uhr dauern. Selbstverständlich wird die Polizei die Demonstration auch begleiten.

Atommülltransport: Das ist die geplante Route der Demonstration

„Wir haben 100 Leute angemeldet“, sagt Peter Bastian. Start- und Endpunkt ist die Kreuzung Oberhausener Straße/ Hanielstraße. Von dort wollen die Demonstranten starten. Die geplante Route führt auf der Straße „Im Fuhlenbrock“ vorbei an St. Bonifatius .

Danach geht es links die Hermann-Löns-Straße hinunter bis zur Hans-Böckler-Straße. Dann wieder links stadtauswärts. Am Ende der Hans-Böckler-Straße biegt man rechts ab in Richtung Bischofssondern. Die Gruppe geht über die A2-Brücke hinweg .

Hinter der Autobahnbrücke auf der Oberhausener Straße soll es laut Pe-

ter Bastian eine kurze Kundgebung geben. Danach führt der Weg zurück in Richtung Kreuzung Hans-Böckler-Straße/ Oberhausener Straße. Von dort will man rechts in die Fernewaldstraße in Richtung des früheren Bergwerks Prosper-Haniel abbiegen.

Dann geht es über eine zweite A2-Brücke. Hinter der Brücke an der Fernewaldstraße ist eine zweite, kurze Kundgebung geplant. Dann machen sich die Demonstranten auf den Rückweg zur Kreuzung, um rechts abzubiegen und zum Startpunkt an der Ecke Oberhausener Straße/ Hanielstraße zurückzukehren.

Peter Bastian betont: „Die Demonstration zielt darauf ab, die Bevölkerung und insbesondere die Anwohner zu informieren.“

- Restaurant in Bottrop geschlossen: Inventar steht zum Verkauf
- Schnee: Auffahrunfall mit Streuwagen
- Zeugen gesucht: Falscher Telekom-Mitarbeiter bestiehlt Bottroperin
- Winter: Sportanlagen bleiben weiter gesperrt
- Bottrop bekommt einen Chor der Superlative

Wörter: 699
Autor/-in: Carsten Liebfried
Ressort: Online
Medienkanal: ONLINE
Mediengattung: Online News
Medientyp: ONLINEMEDIEN

Ausgabe:
Visits (VpD)¹:

Einzelausgabe
2.557.529

Weblink: <https://www.waz.de/lokales/bottrop/article410889643/atommuelltransport-auf-der-a2-bei-bottrop-demonstration-geplant.html>

¹ von PMG gewichtet 02-2024